

Richard Meng

Abgrenzung bis zu den Frühjahrswahlen

Albrecht von Luckes These von der linken Ohnmacht (in: NG/FH 7-8/07) hat eine lebhafte Debatte ausgelöst. Richard Meng, langjähriger Hauptkorrespondent der FRANKFURTER RUNDSCHAU, hält gegen solches »Untergangsszenario« an der Chance fest, dass die SPD über die Große Koalition hinaus eine klare eigene Botschaft gewinnen kann.

Kann ja sein, dass es so kommt. Dass sich die Niederlage der Sozialisten in Frankreich als »verheerend« entpuppt, dass LABOUR in London auch unter Gordon Brown ein Torso bleibt und der deutschen SPD neue Tiefpunkte erst noch bevor stehen. Aber der zweite Wahlgang bei der französischen Parlamentswahl zum Beispiel hat eher belegt, wie schnell ein Volk gegenüber den Neokonservativen wieder skeptisch werden kann, wenn erst konkreter bewusst wird, was deren Politik bedeutet. Von Britannien könnte jetzt durchaus ultimativer Druck gegen Georg W. Bushs Irak-Strategie ausgehen. Und in Deutschland ist noch lange nicht klar, wie genau sich die Wahlfrage (spätestens) 2009 stellen wird.

Wenn im Mittelpunkt dann nur steht, ob Angela Merkel vier weitere Jahre dran bleiben darf oder nicht, spricht aus heutiger Sicht manches tatsächlich für eine Bestätigung der Kanzlerin. In einem Land, in dem es dreimal nacheinander eine Wählermehrheit links von Union und FDP gab, ist das aber wahrlich nicht der einzige mögliche Verlauf. Zumal Merkel bei den politischen Inhalten nach wie vor höchst vage bleibt, und mit Stichworten wie Mindestlohn, Atomausstieg oder auch Liberalität (bis hin zum Thema Bundeswehreinsetzung im Inneren) sich langsam Themen herauskristallisieren, an denen sich sogar in einer Großen Koalition die Geister scheiden. Die spannende Frage ist also nicht, ob die SPD künftig sowieso chancenlos ist oder nicht, sondern ob sie eine klare eigene Botschaft hat, die weit genug über die großkoalitionären Zeiten hinaus weist.

Die Spagat-Partei

Nun war diese Sozialdemokratie immer eine Spagat-Partei. Ihre Flügel haben häufig geglaubt, im endgültigen Besiegen der innerparteilichen Gegner erweise sich der wahre Weg zu Macht und Einfluss. Attraktiv war die Partei aber immer nur in der gelungenen Synthese von munterem Oppositionsgeist und regierungserfahrenem Pragmatismus. Selten genug ist das für längere Zeit gelungen. In diesem Spannungsverhältnis, das gleichwohl nach wie vor der Humus für jede reale linke Veränderung bleibt, steht auch jetzt wieder eine Positionsbestimmung an. Und es ist eher langweilig, eine ermüdete SPD da nicht neu zu fordern, sondern sie schon abzuschreiben, nur weil sich nach einigen Regierungsjahren erneut das Wählerpotenzial aufgespalten hat. Das genau ist ja die Herausforderung.

Zu den GRÜNEN wechselte in der Endphase der Regierungszeit Helmut Schmidts nahezu eine ganze politisierte junge Generation. Hin zur LINKSPARTEI orientieren sich jetzt aber bislang eher nur Ältere, Enttäuschte. Und die Integrationskraft der Volksparteien lässt nach, weil ganz allgemein die Bereitschaft sinkt, sich mit ihren kompromisshaften Positionen zu identifizieren, sondern viele lieber klarere Profile wählen – um sich dann hinterher über Oppositionsrollen oder Koalitionskompromisse zu ärgern. Der Unterschied indes, dass diesmal von einer »Bewegung«, speziell in politisch-kultureller Hinsicht, keine Rede sein kann, macht die Auseinandersetzung für die SPD jetzt immer noch ungleich leichter als in Zeiten

des Bruchs mit der grünen Generation.

Denn was ist eigentlich links an dieser LINKSPARTEI? Altlinke Positionen besetzen: Das versucht sie zuhauf und damit erreicht sie auch Menschen, die bei solchen, teils nach wie vor im Prinzip sogar wünschenswerten, Forderungen gerne bleiben würden. Aber links, das war dennoch immer mehr als das: Nicht beharren, verändern wollen und sich damit selbst verändern. Offen sein für Neues, auch wenn damit neue Probleme auftauchen. Schließlich: Lebensfreude und Zukunftsgeist miteinander vereinen, nicht funktionärhaft nur die Gegenwartsthemen beackern. Insbesondere: Globalisierung und Individualismus als unumkehrbare und aufgreifenswerte Rahmenbedingungen akzeptieren. Somit: Internationalität und Freiheit quer durch die Politikfelder neu zu denken.

Nun ist wohl wahr: Die Regierungssozialdemokratie hat mit dieser Art kultureller Aufbruchsmoral wenig gemein. Und die Definition des Sinns von Parteien über das Erringen von Regierungsmacht, wie sie der Vizekanzler so gerne benutzt, greift zu kurz. Parteien sind immer *auch* gesellschaftliche Zusammenschlüsse. Verbände von Menschen, die gemeinsam den Bewusstseinswandel voranbringen wollen (sollten). Nicht nur Wahlen gewinnen und Staatsgeschäfte abwickeln. Zumal mit linken Programmen, die den Namen verdienen, sowieso erst etwas zu gewinnen ist, wenn in der Gesellschaft dafür ein Boden bereitet ist.

Es gibt mit einiger – allerdings vordergründiger – Plausibilität auch die These, dass die SPD in dieser großkoalitionären Zeit immer weiter ideologisch zerrieben werden wird. Weil einerseits die LINKSPARTEI ihr ihre eigenen alten sozialpolitischen Positionen entgegen hält und andererseits die Merkel-Union so viele moderat-sozialdemokratische Inhalte übernimmt, dass die SPD als Marke nicht mehr vermisst wird. Letzteres mündet dann in einer Konstellation, in der statt des sozia-

lökologischen ein neuer, parteipolitisch eher schwarz-grün zu beschreibender Spagat gesellschaftlich attraktiv würde. Bürgerlich-ökologisch: In Teilen des politischen Journalismus findet er längst seine Promotoren, begleitet von viel Abschätzigkeit gegenüber den Zielkonflikten linker Erneuerung, zum Beispiel im Politikfeld Gleichheit/Gerechtigkeit.

Aber man kann das auch ganz anders sehen. Union und Grüne agieren, wenn es auf konkrete Politik ankommt, derzeit eher inhaltsleer. Weit bedeutsamer bleibt deshalb die Frage, ob ein solches Bündnis der generationsübergreifenden bürgerlichen »Wiedervereinigung« zu spannender Politik führen kann oder nicht. Hinter den schwarz-grünen oder auch erneut nur schwarz-gelben Fassaden sieht es programmatisch eher dürftig aus. Was Fortschritt ist und was nicht, vor allem aber, was gerecht ist und was nicht: Dazu gibt es zwischen den klassischen konservativen Milieus und der alternden, eher links verorteten Protestgeneration der 70er Jahre noch lange nicht Konsens.

Bemerkenswert bleibt allemal, dass sich im Volk nach der halben Legislaturperiode der Großen Koalition dreier Volksparteien weiter das Gefühl ausbreitet, dass es im Land ungerecht zugeht. Die Menschen glauben nicht, dass der Wirtschaftsaufschwung ihnen persönlich nutzt. Sie empfinden die Managergehälter als zu hoch und die eigenen Löhne als zu niedrig. Spätestens seit *Hartz IV* gehen Abstiegsängste um und solche Grundstimmungen prägen die politische Wahrnehmung weit über die aktuelle Regierungspolitik hinaus. Eine von oben nach unten dekretierte Reformpolitik, wie sie in den Schröder-Jahren praktiziert wurde, hat diese Stimmungen verstärkt und verfestigt. Teils unachtsamerweise, häufig auch mutwillig um der machtpolitischen Demonstration und Durchsetzbarkeit willen. Siehe nicht zuletzt manche *Law and order*-Strategie in der Innenpoli-

tik, die Grundeinstellungen stabilisierte, wie sie später bruchlos von Unionsregierungen aufgegriffen und gegen die SPD gewendet werden können. Weil diese jüngste Vergangenheit die sozialdemokratische Glaubwürdigkeitslücke hervorruft, führt auch nur über dieselben Themen ein Weg aus der Defensive, Fehleranalysen inbegriffen.

Konservative ohne attraktive Gesellschaftsvision

Der Konservatismus in seiner modernen Ausprägung betreibt letzten Endes immer nur Realitätsanpassung, nacheilende Modernisierung entlang der Logik des Marktes. Eine eigene attraktive Gesellschaftsvision geht davon nicht aus. Wer also kann in einer Zeit vielfacher Bedrohungen die Zukunft für Europas unfertiges, auch nach innen erodierendes Sozial- und Gesellschaftsmodell glaubwürdig verkörpern und erneuern, wenn nicht eine moderne, weltoffene Linke? Armut, Sicherheit, Umwelt: Es sage niemand, die programmatische Herausforderung für eine nächste linke Generation sei nicht vorhanden, weit über die deutsche Parteienlandschaft hinaus. Was weithin fehlt, ist die Anstrengung und manchmal auch das Format, ihr gerecht zu werden.

Grund genug gibt es für die SPD, zumindest bis zu den Frühjahrswahlen 2008 nun den ultimativen Versuch zu machen, durch eindeutige Abgrenzung bei gleichzeitiger Betonung linker Inhaltselemente einen Einzug der LINKSPARTEI in relevante westdeutsche Landesparlamente zu verhindern. Als notwendige Probe aufs Exempel, für wen die Lafontaine-Abspaltung gesellschaftlich eigentlich steht. Insofern wird sich die mittelfristige Strategie auf der Linken des Parteienspektrums im Laufe des Jahres 2008 entscheiden.

Scheitert die Zwischenstrategie, wäre dann in der Tat die Erweiterung des Parteiensystems hin zu Fünferkonstellatio-

nen mit dauerhafter Aufspaltung des linken Potenzials auch im Westen vollzogen – aber erst dann. Folgerichtig wäre damit auch erst dann ein baldiges Ende des bisherigen weitgehenden Koalitionstabus. Aber anstrebenswert, weil aus sich heraus programmatisch weiterführend, wäre dieser Verlauf nicht. Er könnte die Neubestimmung einer modernen linken Politik, ansetzend am fragilen, extrem stimmungsabhängigen Lebensgefühl in medial geprägten *High-Tech*-Gesellschaften, sogar auf Jahre hin verzögern.

Neue politische Zukunftsversprechen, die wieder ansteckend wirken – was bedeutet, dass sie verknüpft mit neuen Gesichtern auch eine emotionale Wirkung entfalten müssten: Mag sein, dass es bis dahin so oder so noch Zeit braucht, dass es zwischendrin je nach Bündnispolitik von FDP und GRÜNEN so oder so eine sozialdemokratische Oppositionsphase im Bund geben wird. Aber Machtferne als ursächlichen Erneuerungsfaktor zu sehen wäre unpolitisch.

Den Spagat übt man nicht, indem man auf nur einem Bein herumzappelt – und sei es zur Abwechslung mal auf dem zweiten, dem oppositionsfreudigen. So oder so stünde für eine anspruchsvolle Sozialdemokratie an, dass Programmatik wieder einen langfristigeren, auf Veränderung im Sinne von Verbesserung der Lebensverhältnisse und Schutz vor neuen, auch sozialen Bedrohungen zielenden Ansatz bekommen muss. Nicht mehr und nicht weniger ist es, was die alten Großparteien der Linken in Westeuropa leisten müssen. Ganz egal, wie groß sie noch sind. Besser früher als später. Um so früher, je massiver noch etwas von ihnen erwartet wird.



Richard Meng (*1954)
ist stellvertretender Chefredakteur
der FRANKFURTER RUNDschau.
r.meng@fr-online.de